

## Harvard vs. Trump: Milliardenkürzung wegen Kampf um Vielfalt!

US-Regierung kürzt 2,3 Milliarden Dollar für Harvard nach Trumps Forderungen gegen Diversitätsprogramme und Proteste.



**Cambridge, MA, USA** - In einem dramatischen Schritt hat die US-Regierung unter Präsident Donald Trump die finanziellen Mittel an die Harvard Universität erheblich gekürzt. Diese Entscheidung, die in Reaktion auf Harvards Widerstand gegen Trumps Forderungen getroffen wurde, betrifft Bundesmittel in Höhe von 2,3 Milliarden Dollar. Harvard weigerte sich, den Forderungen nachzukommen, welche insbesondere eine Einstellung von Programmen zur Förderung von Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion beinhalteten, und verlangt wurden, um gegen anti-israelische Proteste vorzugehen. Laut **Welt** erklärte Harvard-Präsident Alan Garber in einem offenen Brief, dass keine Regierung vorschreiben sollte, was private Universitäten lehren oder welchen Mitarbeiter sie einstellen.

Die Entscheidung der Regierung bringt die Universität unter finanziellen Druck, da Harvard zudem Schutzmaßnahmen für jüdische Studenten erhöht und gegen Antisemitismus auf dem Campus vorgehen möchte. Im Januar wurden bereits zwei Klagen beigelegt, um entsprechende Bedingungen zu verbessern. Das US-Bildungsministerium forderte eine Überprüfung der Programme an Harvard und begründete die Kürzung der Mittel mit einer „beunruhigenden Anspruchshaltung“ der Universität bezüglich der Einhaltung von Bürgerrechtsgesetzen. Diese Kürzungen könnten dazu führen, dass Harvard insgesamt etwa 7,9 Milliarden Euro an Fördergeldern verliert, was insbesondere für Forschungsprogramme gravierende Auswirkungen hätte. Harvard plant nun, Kredite in Höhe von 750 Millionen Dollar aufzunehmen, um die finanziellen Engpässe abzufedern.

## **Reaktionen auf die Kürzung und die Unabhängigkeit der Universitäten**

Harvards Haltung, gegen die Empfehlungen der Regierung zu handeln, spiegelt eine breitere Debatte über die Unabhängigkeit der Hochschulen in den USA wider. Trump hat wiederholt kritisiert, dass Universitäten, vor allem Harvard, eine einseitige Agenda verfolgen. Er fordert, dass Hochschulen gegen anti-israelische Proteste vorgehen und Zulassungspraktiken überdenken. Dunkle Wolken scheinen auch über anderen Universitäten zu hängen, während die Columbia University bereits Zugeständnisse gemacht hat, was die Reaktion auf ähnliche Proteste betrifft. **Tagesschau** berichtet, dass Harvard vehement an seiner Unabhängigkeit festhält und die Bedeutung der Freiheit des Denkens und der Forschung in einer offenen Gesellschaft unterstreicht.

Ein ehemaliger Präsident, Barack Obama, ermutigte die Universitäten, ihre Stiftungsgelder zu nutzen, statt Trumps Forderungen nachzukommen. Diese Situation wirft große Fragen zu akademischer Freiheit und Meinungsfreiheit auf, die nicht nur in den USA, sondern auch international von Bedeutung sind.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie zur „Akademischen Redefreiheit an deutschen Hochschulen“ zeigte, dass rund 80% der Wissenschaftler\*innen in Deutschland sich nicht in ihrer Redefreiheit eingeschränkt fühlen. Dennoch gibt es Bedenken, besonders unter Frauen und nicht-binären Personen, das zeigt, dass solche Themen auch im Kontext der Meinungsfreiheit überall auf der Welt relevant bleiben müssen. **Bildungsklick** berichtet von der Notwendigkeit, die Freiheit der Lehre und Forschung zu verteidigen, und fordert, dass Hochschulen Orte des offenen Diskurses bleiben müssen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Sonstiges
<b>Ort</b>	Cambridge, MA, USA
<b>Festnahmen</b>	1
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.welt.de">www.welt.de</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://bildungsklick.de">bildungsklick.de</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**